

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Freimut Duve, Peter Conradi, Brigitte Adler, Hermann Bachmaier, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Edelgard Bulmahn, Günter Graf (Friesoythe), Klaus Kirschner, Siegrun Klemmer, Hans-Ulrich Klose, Fritz Rudolf Körper, Thomas Krüger, Dr. Uwe Küster, Eckart Kuhlwein, Dr. Elke Leonhard, Dorle Marx, Ulrike Mascher, Angelika Mertens, Michael Müller (Düsseldorf), Dr. Rolf Niese, Doris Odendahl, Dr. Wilfried Penner, Dr. Hermann Scheer, Otto Schily, Dieter Schloten, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Gisela Schröter, Rolf Schwanitz, Horst Sielaff, Wolfgang Thierse, Uta Titze-Stecher, Siegfried Vergin, Ute Vogt (Pforzheim), Hans Wallow, Dr. Konstanze Wegner, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dieter Wiefelspütz, Peter Zumkley
— Drucksache 13/2872 —

Deutsches Historisches Museum

1. Wann wird die Bundesregierung einen Bericht zum Deutschen Historischen Museum (DHM) vorlegen, der durch Beschluß des Deutschen Bundestages vom 20. Januar 1994 (Drucksache 12/6553) angefordert worden ist?

Die Bundesregierung wird zum Deutschen Historischen Museum (DHM) berichten, sobald die Planungsmittel für den Bau eines Wechselausstellungsgebäudes und die Herrichtung des Zeughauses entsperrungsreif sind. Dies wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 1996 der Fall sein.

2. Sieht die Bundesregierung in der zur Zeit bestehenden „Deutsches Historisches Museum-GmbH“, die in der Gründungsvereinbarung vom 28. Oktober 1987 als „vorläufige Trägerorganisation“ gewählt worden war, die endgültige Rechtsform für das DHM, und wenn ja, warum?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 16. November 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die „vorläufige Trägerorganisation“ in Form einer GmbH, die als Aufbau- und Betriebsgesellschaft besonders flexibel und zweckgerecht ist, soll fortbestehen, bis das Museum gebaut und eingerichtet ist. Dies wird nach dem Stand der Planungen erst nach dem Jahr 2000 der Fall sein. Die Entscheidung über die endgültige Rechtsform wird dann im Zusammenhang mit der Fertigstellung zu treffen sein.

3. Warum wird für das Deutsche Historische Museum nicht der Weg der Gründung einer öffentlichen Stiftung wie beim Bonner „Haus der Geschichte“ gewählt, wo doch beide Einrichtungen in Bezug auf Aufgabenstellung und Finanzierung gleichrangig sind?

Während das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von vornherein als zu 100 % vom Bund getragene und finanzierte Einrichtung konzipiert war, galt dies beim DHM zunächst nur für den Bau und die Einrichtung des Museums („Geschenk zum 750jährigen Geburtstag Berlins“). Über die endgültige Trägerschaft und Finanzierung wird daher – wie bereits zu Frage 2 gesagt – im Zusammenhang mit der Fertigstellung des Museums zu entscheiden sein.

4. Wie kann nach Meinung der Bundesregierung unter Beibehaltung der bisherigen rechtlichen Konstruktion (GmbH) Transparenz über die Tätigkeit des Deutschen Historischen Museums, die bei einem derart bedeutenden Projekt, das in erheblichem Umfang vom Bund finanziert wird, gefordert werden muß, erreicht werden?

Das DHM ist als Museum auf Transparenz und Öffentlichkeitswirkung angelegt.

Die Bundesregierung und der Generaldirektor des DHM sind darüber hinaus bereit, interessierte Mitglieder des Bundestages und die beteiligten Ausschüsse auf Wunsch jederzeit über aktuelle Fragen zu unterrichten.

5. Wie groß ist der Etat, den das DHM bisher zum Ankauf von Gemälden und Objekten zum Aufbau einer eigenen Sammlung aufgewendet hat?

Seit der Gründungsphase des DHM besteht Einvernehmen zwischen der Sachverständigenkommission für das DHM sowie Bund und Ländern, daß der Aufbau einer aussagekräftigen Sammlung von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Projekts ist. Da das DHM über keine gewachsene Sammlung verfügte, mußten für den Erwerb und die Pflege von Realien zur deutschen und europäischen Geschichte mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, als dies bei einem etablierten Museum notwendig gewesen wäre. Seit 1987/88 sind demgemäß insgesamt rd. 35 Mio. DM für Ankäufe von Skulpturen, Gemälden, Handzeichnungen, Druckgraphiken, Postkarten, Plakaten, Urkunden, Autographen, Archivalien, Landkarten und politischen

Dokumenten, Photographien und Filmen, kunsthandwerklichen und volkskundlichen Objekten, Möbeln, Münzen und Medaillen, technischen Geräten, Fahnen, Kleidungsstücken, Uniformen und Waffen, Modellen, Objekten der Alltagskultur, Büchern (Erstausgaben) und sonstigen Erinnerungstücken aller Art bereitgestellt worden.

Alle Sammlungsgegenstände wurden und werden zu Eigentum des Bundes erworben.

6. Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob Konzeption und Gründungsvereinbarung für das DHM dahin gehend zu ändern sind, daß der Aufbau einer eigenen Sammlung angesichts des geringen Angebotes auf dem Kunstmarkt und der hohen Preise eingeschränkt wird?

Zur Erreichung der zu Frage 5 genannten Ziele beabsichtigt die Bundesregierung weiterhin, nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel den Aufbau der Sammlung für die Dauerausstellung nachhaltig zu fördern.

Die Kosten der Sammlungstätigkeit werden hierbei nicht ausschlaggebend von der Angebots- und Preislage des Kunstmarktes bestimmt, weil das DHM kein klassisches Kunstmuseum ist. Maßgeblich für die Erwerbungsentscheidung des DHM ist daher nicht der künstlerische Wert, sondern die historische Aussagekraft eines Objekts. In diesem Bereich ist es dem DHM gelungen, aus ganz unterschiedlichen Quellen ein breites Spektrum aussagefähiger Objekte zu angemessenen Preisen zu erwerben. Diese Entwicklung muß zur Füllung noch vorhandener Lücken in einigen Epochen fortgesetzt werden.

7. Wie bewertet die Bundesregierung den Bericht in DIE ZEIT Nr. 38 vom 15. September 1995, in dem u. a. die Kaufpraxis des DHM und mangelnde Sorgfalt der Museumsfachleute bei der Bezeichnung der Gegenstände kritisiert werden?

Die kunsthistorische Analyse einzelner Sammlungsobjekte geht nach dem zu Frage 6 Gesagten bereits an der Aufgabenstellung des DHM als Museum zur deutschen Geschichte vorbei. Die Generaldirektion des DHM hat dem Aufsichtsrat und der Sachverständigenkommission eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Thesen des Artikels zugeleitet, die die Vorwürfe im einzelnen widerlegt.

